№ 507. Beiblatt.

Mittwoch, 29. Oktober.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.

1902. — 50. Jahrgang.

Die städtische Untergrundbahn „Süd-Nord" Berlin.

Der Ausbau des einem lokalen Schnellverkehr, wie ihn eine moderne Großstadt unbedingt besitzen muß, dienenden Bahnnetzes schreitet in Berlin rüstig fort. Nachdem das Siemens und Halskesche Unternehmen der elektrischen Hochbahn sich bewährt hat, ist nun auch das lange berathene Projekt einer städtischen elektrischen Untergrundbahn, die Berlin in der Nordsüdrichtung unterirdisch durchqueren soll, spruchreif geworden. Der städtischen Verkehrsdeputation liegt, wie wir mitgetheilt haben, ein vom Stadtbaurath Krause aufgestellter Entwurf hierüber vor.

Wir haben bereits eingehende Angaben über den Verlauf der Bahnanlage, der Bahnhöfe, der Höhe der Kosten, der Dauer der Bauzeit in den letzten Wochen mitgetheilt. Um aber unseren Lesern ein möglichst klares Bild von der gewaltigen Anlage zu bieten, geben wir hierneben einen Plan der geplanten Bahn und wiederholen zu dessen Erläuterung noch einmal kurz den Hauptinhalt des Krause'schen Entwurfes.

Die auf rund 56 Millionen Mark veranschlagte Bahn soll im Süden in Schöneberg an der Einmündung der Eisenacherstraße in die Hauptstraße beginnen. Von dort aus verfolgt die Bahn die Hauptstraße bis zur Großgörschenstraße, biegt in diese ein und geht durch die Manteuffelstraße, York- und Belleallianceplatz bis zum Blücherplatz. Sie kreuzt den Landwehrkanal östlich von der Bellealliancebrücke und nimmt nach Unterfahrung der Hochbahn und zweier Hausgrundstücke ihren Weg über den Belleallianceplatz, durch die Linden- und Markgrafenstraße bis zur Mohrenstraße, wo die Kreuzung der von Siemens u. Halske geplanten Untergrundstrecke vorgesehen ist. Dort verläßt die Bahn die Markgrafenstraße, biegt zwischen dem Schauspielhause und der französischen Kirche in die Charlottenstraße ein, durchquert die Linden, verfolgt die Charlotten- und Prinz Louis Ferdinandstraße bis zur Spree, die östlich der Weidendammer Brücke unterfahren werden soll. Nach Durchquerung einiger Hausgrundstücke tritt sie in die Friedrichstraße ein, verfolgt diese bis zum Oranienburger Thor, führt die Chausseestraße bis zum Weddingplatz entlang, wendet sich dort nach der Reinickendorferstraße, um auf dem im Zuge der Seestraße gelegenen Platz H am Kaiser Friedrich-Kinderkrankenhause zu enden.

Im Ganzen sind 15 Haltestellen vorgesehen. Die erste Haltestelle soll an der Ecke der Eisenacher- und Hauptstraße errichtet werden; es folgen eine an der Potsdamer- und Großgörschenstraßen-Ecke, an der Mannsteinstraße, der Großbeerenstraße, Gneisenau- und Belleallianceplatz-Ecke, dann an der Ecke der Lindenstraße und des Belleallianceplatzes, Ecke Koch- und Markgrafenstraße, an der Leipzigerstraße und die 9. in der Charlottenstraße zwischen Dorothen- und Georgenstraße in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße. Die 10. Haltestelle soll an die Ecke der Friedrich- und Oranienburger-Straße kommen, die 11. an den Treppunkt der Invaliden- und Chausseestraße, die 12. in die Nähe der Schwarzkopfstraße, die 13. an den Weddingplatz, die 14. an die Ecke Wiesen- und Reinickendorferstraße und die 15. an die Ecke der Seestraße und des Platzes H.

Die Länge der Bahn wird 11 Kilometer betragen, davon kommen 9 Kilometer auf gerade Strecken und der Rest auf Krümmungen.

Zur Erzeugung der für den Zugbetrieb sowie für die Beleuchtung der Wagen und der Strecke erforderlichen elektrischen Kraft soll ein besonderes Kraftwerk auf dem von der Bahn nördlich der Spree durchschnittenen Grundstücken errichtet werden. Die Züge sollen sieben Wagen führen und sich in einem Zeitraum von drei Minuten in jeder Fahrichtung folgen.

Unsere beifolgende Karte läßt den Verlauf der städtischen Untergrundbahn deutlich erkennen; die Haltestellen sind mit Zahlen bezeichnet. Außerdem (man vergleiche die Zeichenerklärung oben rechts) sind in der Karte die sämmtlichen Linien der Stadtbahn, der in Berlin einmündenden Fernbahnen, der Siemens und Halske'schen elektrischen Hoch- und Untergrundbahn mit ihren projektirten Erweiterungen durch das Zentrum der Stadt Berlin hindurch, sowie die ebenfalls geplante städtische Ringbahn, die den inneren Theil des Weichbildes der Stadt Berlin umfahren soll, durch deutliche Signaturen angegeben. — Die Projekte für diese liegen allerdings noch im weiten Felde.

* * *

Die Anlage der Untergrundbahn begegnet sehr großen Schwierigkeiten; hierzu gehören auch die Veränderungen, denen das Leitungsnetz der städtischen Kanalisationswerke unterworfen werden muß. Bei dem vielfach nur geringen Gefälle der Kanäle bedurfte die Lösung dieser Frage sehr eingehender Untersuchungen. Die Deputation der städtischen Kanalisationswerke hat deshalb die Bearbeitung der Umänderung der Kanalisation selbst übernommen.

Die Bahn soll die Schöneberger Kanalisation durchschneiden und ferner die Berliner Radialsysteme II, III, IV, VI, VII und IX. In Schöneberg ist ein Druckrohr von 1 m Durchmesser auf größere Länge seitlich zu verschieben. Ecke der York- und Mansteinstraße ist ein vorhandener, 90 cm hoher Hauptkanal über den Tunnel hinwegzuführen, ferner ist ein in der Yorkstraße belegenes Druckrohr zu verlegen. Von der Großbeerenstraße ab ist östlich ein 1,20 m hoher Kanal zu bauen, der durch die Yorkstraße, Belleallianceplatz, Barnthler- und Zossenerstraße nach dem Hauptsammelkanal in der Blücherstraße führt und gleichzeitig den 1 m hohen aus der oberen Belleallianceplatz kommenden Kanal aufnimmt. Hierfür ist ein neuer Rothaushlaß nach dem Landwehrkanal herzustellen. Ein in der Belleallianceplatz liegendes Druckrohr muß seitlich verschoben werden und ist durch die Tunneldecke hindurch zu führen. Außerdem ist ein in der Belleallianceplatz liegender Rothaushlaß seitlich zu verschieben und am Blücherplatz mit dem vorhandenen zu vereinigen mit einer neuen Einmündung in den Landwehrkanal. Von der Ecke der Neuenburgerstraße bis zur Gitschinerstraße ist ein 1 m hoher Kanal neu zu bauen und von der Markgrafenstraße bis zur Neuenburgerstraße ein vorhandener Kanal seitlich zu verschieben, ferner ist der Rothaushlaß in der Lindenstraße unter der Haltestelle zu büßen. Der aus der Französischenstraße kommende, über den Gendarmenmarkt führende Kanal ist durch die Markgrafenstraße bis zur Krausenstraße zu verlängern und dann über dem Tunnel weg und durch die Krausenstraße bis zum Sammelkanal in der Charlottenstraße zu führen. Von der Taubenstraße ist ein Rothaushlaß nach der Mohrenstraße herzustellen. Unter den Linden muß ein 1,40 m hoher Kanal über den Tunnel hinweggeführt werden. Ebenso groß und theilweise noch größer sind die Schwierigkeiten zwischen der Weidendammer Brücke bis zum Wedding. — Das wird wahre Buddel-Exzien geben; aber im Interesse des Verkehrs müssen sie ertragen werden.

Oeffentliche Aemter.

Ernannt: Der preußische Oberlandesgerichtsrath Schaffeld in Frankfurt a. M. zum Reichsgerichtsrath; der Legations-Sekretär bei dem General-Konsulat für Egypten Dr. Freiherr von dem Busche-Haddenhausen, der Erste Sekretär bei der Gesandtschaft in Tokio von Eckert und der Legations-Sekretär bei der Gesandtschaft in Belgrad von Eckardt zu Legationsräthen; der Pfarrer Friedrich Lahusen an der Dreifaltigkeitskirche in Berlin zugleich zum Konsistorialrath und Mitglied des Konsistoriums der Provinz Brandenburg im Nebenamt; der Gymnasial-Direktor a. D. Dr. Riefel in Düsseldorf zum Geheimen Regierungsrath.

I. Kongreß deutscher Agenten.

(Schluß.)

Ferner sprach gestern Herr Wiener-Stettin über das Thema:

Welche Ansprüche an Bildung und kaufmännische Intelligenz

stellt der Agentenberuf? Es muß auf die Fabrikanten eingewirkt werden, daß sie nur mit solchen Leuten in einen Agentenvertrag eintreten, die auch wirklich tauglich für den Stand sind. In der Debatte wurde empfohlen, durch fachwissenschaftliche Vorträge die Bildung der angehenden Agenten zu heben. Bestimmte Kenntnisse könnten für den Beruf nicht gefordert werden, nur die Intelligenz des Einzelnen ist maßgebend.

Darauf trat eine einstündige Pause ein. Nach dieser referirte Herr Eugen Herzberg (Berlin) über die

Bevorrechtigung der Provisionsforderung

im Konkursfalle des Geschäftsherrn. Gesetzlich seien die Agenten auf sechsmonatliche Abrechnung angewiesen, dies führe dazu, daß sie bei einem etwaigen Konkurse des Geschäftsherrn oft große Verluste erlitten. Wenn das Gesetz eine solche Härte enthalte, müsse auch der Agent gesetzlich geschützt werden. Die Judikatur sei noch zweifelhaft, es würde sich lohnen, einmal eine Reichsgerichtsentscheidung herbeizuführen, denn nach dem heutigen Stande der Gesetzgebung erscheine das noch nicht aussichtslos. Aus praktischen Erwägungen heraus müsse der Zentralverband dafür eintreten, daß besonders den wirthschaftlich schwächeren Kollegen keine Schädigungen entstehen bei dem Konkurs eines Geschäftsherrn. Deshalb müsse man für die Bevorrechtigung der Provisionsforderungen eintreten.

Dieses Thema wurde ausführlich erörtert. Man solle keine langfristigen Abrechnungen vereinbaren, vielleicht nur vierteljährige, der Verlust sei dann nicht so groß wie ein solcher bei einer Abrechnung von neun Monaten, wenn im achten Monat der Konkurs ausbricht. Im Ganzen war jedoch der Kongreß mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und nahm die von ihm beantragte Resolution an, die darauf hinzielt, daß Provisionsforderungen und Auslagen im Agenturgeschäft, die im letzten Jahre vor dem Konkursverfahren entstanden sind als bevorrechtigt gesetzlich anerkannt werden sollen.

Wegen der vorgerückten Stunde wird die Berathung über eine Kranken- und Altersversicherung abgesetzt und zum folgenden Punkt der Tagesordnung geschritten, der von der Begründung eines Verbandsorganes handelt. Die Angelegenheit wird dem Vorstand überwiesen. — Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Hamburg bestimmt. Die Versammlung spricht die Hoffnung aus, diesen schon im nächsten Jahre abhalten zu können; die definitive Beschlußfassung wurde dem Vorstande überlassen. Herr Rehring dankte im Namen des Hamburger Vereins für die Ehre des Besuches in Hamburg. — Das Schlußwort nahm der Leiter des Kongresses, Herr Goldschmidt: Er danke für das thatkräftige und einmüthige Zusammenhalten der Theilnehmer und hofft auf einen glücklichen Erfolg des Kongresses. — Damit war der geschäftliche Theil des ersten Kongresses deutscher Agenten beendigt. — Gestern Abend fand ein Festessen im „Hotel de Rome" statt.

Zur Arbeiterbewegung.

= **Zum Rohrlegerstreik.** Nach dem Stande von gestern Nachmittag haben sich nunmehr 108 Firmen mit insgesammt 810 Arbeitern zur Bewilligung entschlossen. Seitens der Unternehmer sind noch keine Schritte zu Verhandlungen eingeleitet, doch erwartet die Lohnkommission aus bestimmten Gründen, daß sie zu heute Abend oder morgen dazu aufgefordert werden wird. Die nächste Streikversammlung wird zu Donnerstag Abend in dem großen Saale der Brauerei Friedrichshain einberufen. Dieser Saal ist deswegen gewählt worden, um die kürzlich seitens der Polizei verfügte Sperrung des Saales unter allen Umständen zu verhüten.

= **Die Ortsvereine 4, 7, 9 und 10 des Gewerkvereins der deutschen Klempner und Metallarbeiter (H. D.)** hielten am letzten Sonntag, 10 Uhr Vormittags, eine öffentliche Versammlung in Wuff's Restaurant, Fruchtstraße 36a, ab, in der ein Vortrag über: „Die Nothwendigkeit der Berufsorganisation" gehalten wurde. Der Referent schilderte, wie uns berichtet wird, zunächst die gegenwärtige Krise, deren Ursache und Wirkung und kennzeichnete mit scharfen Worten das Unternehmerthum, das aus dieser Kapital schlage, um die Arbeiter auf alle denkbare Art und Weise zu unterdrücken. Unter anderem führte er den Rathenower Streik an, dort seien den Arbeitern Abzüge bis zu 70 Prozent gemacht worden, obwohl deren Verdienst schon ganz minimal — 12 bis 14 Mark pro Woche — gewesen sei. Auch auf den Streik bei Borsig ging der Redner ein. Er bezeichnete es als einen Skandal, daß sich dort so viele Streikbrecher gefunden haben. Angesichts dieser Thatsache sei es endlich an der Zeit, daß sich die Arbeiter organisirten, denn nur in der Organisation können sie sich genügend vor der Willkür der Unternehmer schützen. Vor allen Dingen sei nothwendig, daß sich die Organisationen untereinander nicht bekämpfen, sondern, daß sie sich brüderlich die Hand reichen. Etwas Trennendes giebt es zwischen den Gewerkschaften und uns nicht, denn daß unsere Ziele dieselben sind, beweise doch die Thatsache, daß jene unser ganzes Unterstützungswesen, das sich so gut bewährt hat und das seit mehr als 30 Jahren bei uns existirt, eingeführt haben. So die Reise- und Wanderunterstützung, Uebersiedelungsgelder, Nothstandsunterstützung, Streikgelder, sowie Unterstützungen bei Maßregelungen und Aussperrungen und endlich die Arbeitslosen-Unterstützung. Dies alles sei uns Beweis, daß wir auf dem richtigen Wege sind und daß wir die richtigen Wege gewiesen haben. Der Referent geht auf den sogenannten von gewerkschaftlicher Seite gern verspotteten „Harmonie"-Standpunkt ein. Was sind wir früher verhöhnt worden von gewerkschaftlicher Seite wegen unserer Haltung den Schiedsgerichten und Einigungsämtern gegenüber! Heute gehe man dieselben Wege, und gut sei es, daß es endlich dahin gekommen ist. In der sich hieran anschließenden lebhaften Diskussion, die sich vor allem darum drehte, wie die Arbeitslosen-Unterstützungsfrage am besten zu regeln sei, wurde übereinstimmend darauf hingewiesen, daß eine Reichs- (Zwangs-) Arbeitslosen-Unterstützung gleichbedeutend mit der Vernichtung der Arbeiter-Organisationen sei. Nur diese seien im Stande, jene Frage zu erledigen, und daß sie dazu im Stande sind, sei zur Genüge bewiesen.

Kommunales.

× **Gegen die Giltigkeit der letzten Wilmersdorfer Gemeindevertreterwahlen** hat der Liberale Verein zu Wilmersdorf beim Bezirksausschusse Klage erhoben. Der Einspruch stützt sich auf die Behauptung, daß die Listen, auf Grund deren gewählt wurde, unrichtig seien, was auch die Ursache war, daß die Liberalen sich bei der jüngsten Ersatzwahl, bei der Ingenieur Kutzner mit nur 146 Stimmen gewählt wurde, der Abstimmung enthielten.

× **Die allgemeine Durchsicht der Gehaltssätze** für alle städtischen Angestellten mit dem Ziel der Aufbesserung derselben haben die städtischen Körperschaften von Spandau beschlossen. Nach einer Revision der städtischen Verwaltung durch eine Kommission der Potsdamer Regierung legte der Regierungspräsident dem Magistrat die Gehaltserhöhung für Kassenbeamte und Assistenten nahe, deren Einkommen unzureichend wäre. Da gleichzeitig auch die Lehrer der Gemeindeschulen um Aufbesserung ihrer Lage wiederholt eingekommen waren, so wurden zuerst die Gehaltsverhältnisse der Lehrer und der bezeichneten Beamten des Magistrats einer Prüfung unterzogen. Bei diesen Berathungen wurde erkannt, daß auch die Gehälter anderer städtischer Beamten aufbesserungsbedürftig seien; desgleichen meinte man angesichts der obwaltenden Theuerungsverhältnisse, daß ebenso wohl die Löhne der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter erhöht werden könnten. Es soll nun eine umfassende Revision sämmtlicher Einkommensverhältnisse in der Kommunalverwaltung vorgenommen, gleichzeitig aber auch die Frage der Deckung etwaiger Gehaltserhöhungen erörtert werden. In Spandau werden schon jetzt 180 pCt. Zuschlag als Einkommensteuer erhoben, und man scheut sich davor, diesen Satz noch weiter zu erhöhen. — In Bezug auf die städtischen Arbeiter möge sich der Magistrat von Berlin an Spandau ein Beispiel nehmen.

Aus den Vororten.

†† **Für die Umwandlung des Grunewalds in einen „Volkspark"** sind jetzt die ersten Vorarbeiten zum Abschluß gekommen. Wie man weiß, hatte der Kaiser den Thiergartendirektor Geitner mit der Aufgabe betraut, einen Gesammtplan herzustellen. Das ist geschehen, und am Montag Vormittag wurde Herr Geitner vom Kaiser im Neuen Palais nochmals in der Angelegenheit empfangen. Der Thiergartendirektor legte die im Maßstab von 1 : 5000 gehaltenen Pläne vor. Seine Aufgabe ist damit im wesentlichen beendet. Die Sache wird jetzt weiter vorwärts gehen und andere Instanzen beschäftigen.

†† **Die Niederlegung des Spandauer Festungswerkes.** Das Artillerie-Konstruktionsbureau der Heeresverwaltung bildete früher einen Bestandtheil der königlichen Artilleriewerkstatt in Spandau; vor kurzem ist es aber in ein selbständiges Institut mit eigener Direktion umgewandelt worden, das aber noch in Baulichkeiten der Artilleriewerkstatt untergebracht ist. Nunmehr sollen für das Konstruktionsbureau, das für die Bewaffnung der deutschen Artillerie eine wichtige Rolle spielt, eigene Gebäude auf einem Theil des Festungsgeländes errichtet werden; zu diesem Zwecke ist die sofortige Niederlegung von Wällen und die Zuschüttung eines Festungsgrabens an der östlichen Seite der Stadt beschlossen worden. In dem Graben haben die Fischer von Tiefwerder Fischereiberechtigung; diese wird durch Zahlung einer einmaligen Abfindungssumme von 4000 Mark abgelöst. Auf diesen Betrag haben sich die Fischer nach längeren Verhandlungen mit der Militärverwaltung geeinigt. Der Spandauer Festungs-